

Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit: unterschiedliche Bewertungen in Ost- und Westdeutschland

Bulmahn, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bulmahn, T. (2000). Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit: unterschiedliche Bewertungen in Ost- und Westdeutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 23, 5-8. <https://doi.org/10.15464/isi.23.2000.5-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

gemessen werden, weisen auch mit der Kriminalitätsfurcht einen engen Zusammenhang auf - insbesondere in Ostdeutschland⁶. 84 Prozent der Ostdeutschen, die keine Anomiesymptome aufweisen, fühlen sich in ihrer Wohngegend sicher, gegenüber lediglich 32 Prozent derjenigen, die mehrere derartige Symptome zeigen. Bei der westdeutschen Bevölkerung sinkt zwar auch das Sicherheitsgefühl mit der Zunahme von Anomiesymptomen, aber der Zusammenhang ist weniger deutlich.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß alle hier betrachteten subjektiven Indikatoren darauf hindeuten, daß die Bürger der öffentlichen Sicherheit in der Bundesrepublik im Herbst 1998 ein ungleich besseres Zeugnis ausstellen als 1993. Bei einer am Ende der neunziger Jahre wieder rückläufigen Gesamtkriminalitätsbelastung hat nicht nur die Zufriedenheit mit dem Schutz vor der Kriminalität zugenommen, sondern es ist auch die subjektive Erwartung, Opfer eines Verbrechens zu werden, deutlich gesunken. Damit einher geht ein ebenfalls beachtlicher Anstieg des subjektiven Empfindens von Sicherheit in der unmittelbaren Wohngegend. Trotz dieser im Vergleich zu 1993 positiven Entwicklungen wird das Wohlbefinden der Bürger nach wie vor durch Kriminalität beeinträchtigt: Im Vergleich zu anderen Aspekten der Lebensverhältnisse ist die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit ausgesprochen niedrig, und nach wie vor beurteilen die ostdeutschen Bürger die öffentliche Sicherheit ungünstiger als die westdeutschen, aber die Unterschiede haben sich gegenüber 1993 deutlich verringert.

■ **Heinz-Herbert Noll und**
 ■ **Stefan Weick, ZUMA**
 Tel.: 0621/1246-241/-245

- 1 *Der Wohlfahrtssurvey wurde 1998 zum siebten Mal durchgeführt und speziell für die Wohlfahrtsmessung und Analyse der Lebensqualität konzipiert. Dabei wurden 2007 Personen in den alten Bundesländern und 1035 Personen in den neuen Bundesländern befragt (vgl. dazu ISI Nr. 22, Juli 1999, Seite 2).*
- 2 *Auf die in diesem Zusammenhang relevante Dunkelzifferproblematik kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.*
- 3 *Der Rückgang zwischen 1962 und 1963 ist lediglich ein statistisches Artefakt und beruht darauf, daß die Straßenverkehrsdelikte seither nicht mehr in der PKS berücksichtigt werden.*
- 4 *Zu den mit der Einführung der PKS in den neuen Ländern verbundenen Erfassungsproblemen vgl. u.a. Kerner (1997).*
- 5 *Vgl. dazu auch E.A. Fattah (1993).*
- 6 *Vgl. dazu auch die Ergebnisse einer Längsschnittstudie zur Kriminalitätsfurcht in Dresden (Reuband 1999).*

Dörmann, Uwe, 1996: *Wie sicher fühlen sich die Deutschen? Wiesbaden: Bundeskriminalamt.*

Fattah, Ezzat A., 1993: *Research on Fear of Crime: Some Common Conceptual and Measurement Problems.* In: W. Bilsky, Ch. Pfeiffer, P. Wetzels (Eds.), *Fear of Crime and Criminal Victimization.* Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, S. 45-70.

Kerner, Hans-Jürgen, 1997: *Kriminologische Forschung im sozialen Umbruch. Ein Zwischenresümee nach sechs Jahren deutsch-deutscher Kooperation.* In: K. Boers, G. Gutsche, K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität in*

Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 331-372.

Noll, Heinz-Herbert, Schröder, Helmut, 1995: *Öffentliche Sicherheit und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland.* In: W. Glatzer, H.-H. Noll (Hrsg.), *Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung.* Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 305-328.

Reuband, Karl-Heinz, 1999: *Kriminalitätsfurcht. Stabilität und Wandel.* In: *Neue Kriminalpolitik*, 2/1999, S. 15-20.

Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit

Unterschiedliche Bewertungen in Ost- und Westdeutschland

Moderne Wohlfahrtsstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen den meisten Bürgern ein Leben in Wohlstand und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Sozialstaatliche Regelungen gewährleisten ein bemerkenswertes Maß an sozialer Sicherheit, die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sorgt für mehr Gerechtigkeit, und die Verfassung garantiert eine Vielzahl von Freiheitsrechten. Inwieweit Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, läßt sich jedoch nicht allein anhand gesetzlicher Bestimmungen und institutioneller Arrangements ermesen, sondern ist auch von einer Vielzahl sozioökonomischer Rahmenbedingungen und individueller Partizipationschancen abhängig. Die subjektive Wahrnehmung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit durch die Bürger kann helfen, Diskrepanzen zwischen gesellschaftlichen Leitbildern und gesellschaftlicher Realität aufzudecken und deren Ursachen zu erkennen. Die Datenbasis für die nachfolgenden Analysen ist der Wohlfahrtssurvey 1998, eine Repräsentativumfrage in den alten und neuen Ländern (vgl. S. 5, Anmerkung 1).

Freiheitsrechte gelten als weitgehend verwirklicht

Die Freiheitsrechte sind im Grundgesetz festgeschrieben. Hier werden unter anderem das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freiheit des Glaubens, das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen, garantiert. Inwieweit diese Freiheitsrechte verwirklicht sind, bewerten die Bürger ganz unterschiedlich.¹

Die Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, daß die Glaubensfreiheit in der Bundesrepublik realisiert ist (Tabelle 1). Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung wird von den meisten als gegeben angesehen, acht von zehn Westdeutschen und sieben von zehn Ostdeutschen meinen, daß man immer und überall seine Meinung frei äußern kann.

Die Freiheit, so zu leben wie man will, und die Berufsfreiheit werden in Ost und West ganz unterschiedlich beurteilt: Während die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Befragten sagt, daß diese Rechte verwirklicht seien, beklagt ein Großteil der Bürger in den neuen Bundesländern größere Defizite. Jeder zweite meint, daß das Recht auf freie Entfaltung der

Persönlichkeit eingeschränkt ist und sieben von zehn Befragten sehen die Freiheit der Berufswahl nicht verwirklicht.

Zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es bemerkenswerte Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung der Freiheitsrechte. Besserverdienende sind häufiger als Einkommensschwache davon überzeugt, daß diese Rechte verwirklicht sind, und Erwerbstätige meinen dies öfter als Arbeitslose. Die Resultate verdeutlichen, wie sehr die individuell wahrgenommene Freiheit von der Höhe des Einkommens und vom Erwerbsstatus, kurz: von den individuellen Partizipationschancen abhängig sein kann.

Auch das Lebensalter wirkt sich auf das Urteil über die Freiheitsrechte aus. Die Bewertung der Berufsfreiheit beispielsweise fällt bei den 18-34jährigen deutlich positiver aus als bei den Älteren. Hierfür dürfte in erster Linie ein ungleiches Ausmaß an Mobilität und Flexibilität verantwortlich sein. Weil jüngere Menschen seltener familiär, beruflich bzw. örtlich gebunden sind, haben sie größere Chancen, Beruf, Ausbildungsstätte und Arbeitsort frei zu wählen, bzw. überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden.

Tabelle 1: Freiheitsrechte im Urteil der Bürger

In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher realisiert“ ...

	Glaubensfreiheit		Meinungsfreiheit		Freiheit der Lebensgestaltung		Freie Berufswahl	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	96	94	80	69	72	52	78	32
Geschlecht								
Männer	96	93	84	70	75	52	80	36
Frauen	95	95	77	68	69	52	76	28
Alter								
18-34 Jahre	93	91	80	62	68	46	81	46
35-59 Jahre	96	95	78	68	70	50	76	27
über 60 Jahre	97	96	85	76	80	61	78	25
Einkommenslage ¹								
Oberstes Quintil	97	94	85	70	76	60	80	33
Unterstes Quintil	93	89	77	57	68	41	72	37
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	95	94	81	66	70	48	80	31
Arbeitslos	96	94	71	64	69	47	71	33
Parteipräferenz								
SPD	94	95	83	75	72	59	76	30
CDU/CSU	97	97	85	88	77	69	80	48
FDP	93	/	91	/	71	/	88	/
Bündnis'90/Grüne	95	/	72	/	68	/	77	/
PDS	/	92	/	55	/	42	/	25

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.
/ Fallzahl < 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Die Bewertung gesellschaftlicher Verhältnisse wird nicht nur von individuellen Partizipationschancen beeinflusst, sondern auch von der politisch-ideologischen Orientierung. Zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien gibt es zum Teil erhebliche Meinungsunterschiede. Am kritischsten von allen Befragten sind im Westen die Sympathisanten der Grünen und im Osten die der PDS. Eine betont kritische Sicht auf die Gesellschaft gehört offensichtlich nicht nur zur politischen Identität dieser Parteien, sondern auch zum Selbstbild vieler ihrer Anhänger.

Mängel bei Schutz vor Kriminalität und sozialer Sicherheit

Wie lebenswert eine Gesellschaft ist, bemißt sich nicht allein am Umfang der garantierten Freiheiten, sondern auch daran, ob die öffentliche Sicherheit gewährleistet ist, inwieweit die Bürger bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter gesichert sind und in welchem Maße die Umwelt geschützt wird.

Die Mehrheit der Bevölkerung meint, daß sowohl der Schutz des Eigentums als auch der Schutz der Umwelt gewährleistet sind, West- und Ostdeutsche sind sich in diesem positiven Urteil weitgehend einig (Tabelle 2). Schlechter werden dagegen die öffentliche Sicherheit und die soziale Sicherheit beurteilt. Jeder zweite Westdeutsche sieht Mängel beim Schutz vor Kriminalität und etwa jeder dritte beklagt Defizite bei der sozialen Sicherheit. In den neuen Bundesländern meinen sieben

von zehn Bürgern, daß die öffentliche Sicherheit bzw. die soziale Sicherheit nicht verwirklicht sind.

Vor allem Anhänger der Grünen und jüngere Leute sehen Defizite beim Umweltschutz, insbesondere ältere Menschen beklagen fehlenden Schutz vor Kriminalität, und hauptsächlich Arbeitslose und Einkommensschwache kritisieren Mängel bei der sozialen Sicherheit. Diese Ergebnisse sind nicht besonders überraschend, sie machen aber doch noch einmal deutlich, daß die Bewertung von Schutz- und Sicherheitsaspekten nicht nur auf tatsächliche Benachteiligungen zurückzuführen ist, sondern auch auf ein unterschiedlich ausgeprägtes Problembewußtsein, auf unterschiedliche Ansprüche und Erwartungen der Menschen.

Erhebliche Defizite bei Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit

Gleichheit und Gerechtigkeit sind weitere Merkmale, die die Lebensverhältnisse in einer Gesellschaft prägen. Im Grundgesetz sind der Gleichheitssatz, der Gleichberechtigungsgroundsatz und das Differenzierungsverbot festgeschrieben.

Die Bewertung durch die Bevölkerung deckt erhebliche Diskrepanzen zwischen Verfassungstext und der erlebten Verfassungswirklichkeit auf (Tabelle 3). Daß es in der Bundesrepublik Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft gibt, meint nur ein kleiner Teil der Menschen, nicht einmal jeder zweite im Westen und nur etwa jeder vierte im Osten. Selbst die Gleichstellung von Mann und Frau und die Solidarität mit Hilfebedürftigen wird von vielen als nicht verwirklicht angesehen. Daß diese Gesellschaft gerecht ist, glauben die

Tabelle 2: Schutz und Sicherheit im Urteil der Bürger

In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher realisiert“ ...

	Schutz des Eigentums		Umweltschutz		Öffentliche Sicherheit		Soziale Sicherheit	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	85	70	62	64	50	29	63	33
Geschlecht								
Männer	87	70	63	65	56	31	67	35
Frauen	83	71	61	63	44	28	59	31
Alter								
18-34 Jahre	87	70	59	56	53	35	62	39
35-59 Jahre	84	70	60	64	52	28	62	29
über 60 Jahre	84	72	68	70	42	26	65	35
Einkommenslage ¹								
Oberstes Quintil	87	76	62	67	50	32	69	31
Unterstes Quintil	85	64	65	65	53	25	55	22
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	85	69	61	61	52	29	64	31
Arbeitslos	86	62	62	65	38	32	45	30
Parteipräferenz								
SPD	85	76	61	61	47	30	65	39
CDU/CSU	88	82	69	76	51	42	69	53
FDP	79	/	49	/	56	/	69	/
Bündnis'90/Grüne	84	/	32	/	53	/	57	/
PDS	/	60	/	54	/	19	/	25

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.
/ Fallzahl < 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Tabelle 3: Chancengleichheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger

In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher realisiert“...

	Gleichstellung von Mann und Frau		Solidarität mit Hilfebedürftigen		Chancengleichheit		Gerechte Verteilung des Wohlstandes	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	65	52	49	37	45	23	29	8
Geschlecht								
Männer	72	55	51	40	49	20	31	6
Frauen	59	49	47	35	42	24	27	10
Alter								
18-34 Jahre	67	61	44	42	43	26	29	10
35-59 Jahre	62	48	47	34	41	20	27	6
über 60 Jahre	69	48	57	38	54	23	34	9
Einkommenslage ¹								
Oberstes Quintil	63	48	48	30	48	22	34	5
Unterstes Quintil	64	49	47	35	39	20	23	8
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	68	52	47	37	45	23	29	8
Arbeitslos	54	54	37	31	33	18	24	6
Parteipräferenz								
SPD	62	44	47	38	42	20	22	4
CDU/CSU	71	75	57	57	54	41	41	21
FDP	69	/	56	/	62	/	35	/
Bündnis'90/Grüne	45	/	27	/	33	/	15	/
PDS	/	33	/	31	/	6	/	4

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.
/ Fallzahl < 30.
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

desdeutsche Gesellschaft insgesamt bewerten, zeigt die Zustimmung zur Aussage „In einem Land wie Deutschland kann man sehr gut leben“.²

Die überwiegende Mehrheit stimmt dem mehr oder weniger zu, 93 Prozent der Westdeutschen und 79 Prozent der Ostdeutschen (Abbildung 1). Von einer generellen Kritik am „Modell Bundesrepublik“ kann demnach keine Rede sein. Das Urteil der Ostdeutschen fällt etwas schlechter aus: Nur 13 Prozent der Ostdeutschen halten die Gesellschaft uneingeschränkt für sehr lebenswert. In Westdeutschland ist der Anteil mit 37 Prozent immerhin fast dreimal so groß. Mehr als ein Fünftel der Ostdeutschen, aber nur 7 Prozent der Westdeutschen, bezweifeln, daß die Bundesrepublik ein Land ist, in dem man sehr gut leben kann.

Angesichts der Vielzahl von gesellschaftlichen Defiziten, die von den Menschen wahrgenommen werden, wird die Gesellschaft insgesamt überraschend positiv beurteilt. Die Vermutung liegt nahe, daß es weitere relevante Merkmale einer „guten Gesellschaft“ gibt, die wesentlich zu dem positiven Gesamturteil beitragen. Hierzu könnte das vergleichsweise hohe Wohlstandsniveau in der Bundesrepublik gehören. Das führt uns zur Frage, wie wichtig Wohlstand, Freiheitsrechte, Schutz vor Kriminalität, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit etc. für die Bewertung der Gesellschaft sind.

Ausgangspunkt der folgenden Analyse sind die bisher präsentierten Merkmale einer lebenswerten Gesellschaft. Aus inhaltlichen und methodischen Gründen wurden aus dem Geflecht der vielen, teilweise miteinander korrelierenden Items im Rahmen einer Faktorenanalyse drei unabhängige Dimensionen extrahiert: Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit. Jede dieser Dimensionen bündelt eine Vielzahl von

wenigsten. Nur drei von zehn Westdeutschen und nicht einmal jeder zehnte Ostdeutsche sagen, daß der Wohlstand in dieser Gesellschaft gerecht verteilt wird.

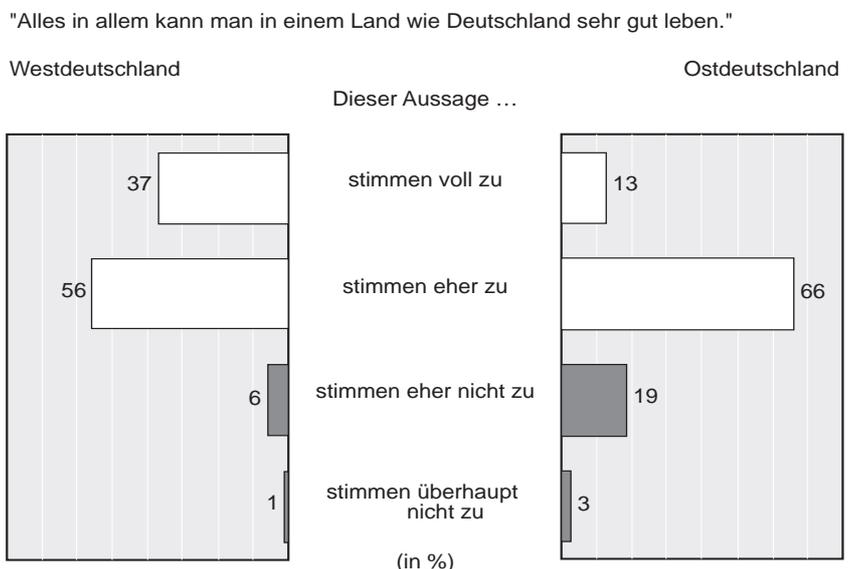
Weiterführende Untersuchungen zeigen, daß die Bewertung von Gleichheit und Gerechtigkeit von kollektiv geteilten Benachteiligungserfahrungen abhängig ist: Frauen kritisieren Defizite bei der Gleichstellung der Geschlechter häufiger als Männer; Arbeitslose und Einkommensschwache beklagen fehlende Solidarität und mangelnde Chancengleichheit öfter als Erwerbstätige und Leute mit höherem Einkommen.

Das war nicht anders zu erwarten, überraschend ist jedoch, daß diese Zusammenhänge nur schwach ausgeprägt sind. Auch ein Großteil der Männer meint, daß die Gleichberechtigung nicht realisiert ist und selbst viele der Besserverdienenden glauben, daß Chancengleichheit und eine gerechte Verteilung des Wohlstandes nicht verwirklicht sind. Öffentliche Diskussionen über soziale Benachteiligung haben offensichtlich auch bei den nicht Betroffenen ein Problembewußtsein geschaffen, das zuweilen über das der tatsächlich Benachteiligten hinausgeht: Nicht die Frauen äußern sich am kritischsten zur Gleichberechtigung, sondern die Anhänger der PDS, und nicht die Arbeitslosen beklagen sich am häufigsten über mangelnde Solidarität, sondern die Sympathisanten der Grünen.

Erstauulich positive Gesamtbewertung

Die präsentierten Befunde vermitteln das Bild einer Bevölkerung, die eine Vielzahl von gesellschaftlichen Problemen wahrnimmt: Defizite bei Chancengleichheit und Gleichberechtigung sowie Mängel beim Schutz vor Kriminalität und bei der sozialen Sicherheit. Selbst elementare Freiheitsrechte sehen einige als nicht verwirklicht an. Wie die Bürger die bun-

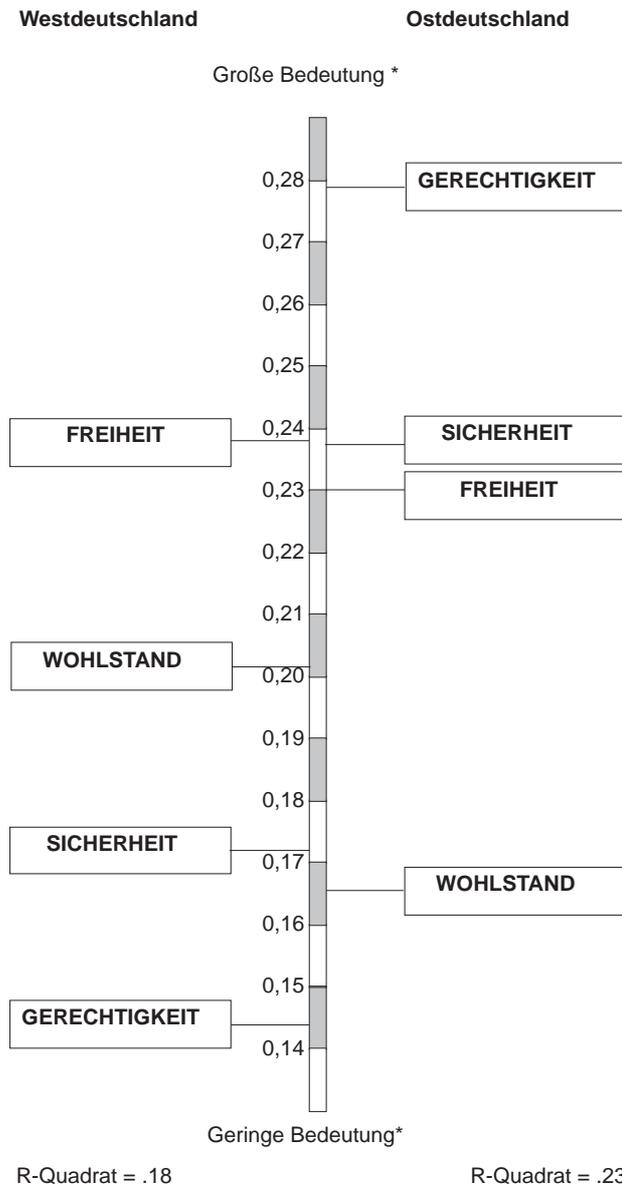
Graphik 1: Gesamtbewertung der Gesellschaft



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Graphik 2: Unterschiedliche Wertmaßstäbe in Ost und West

"Alles in allem kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben."



*) Ausgewiesen sind die standardisierten Koeffizienten (Beta-Werte) multipler Regressionen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

unproblematisch gelten. Sicherheits- und Gerechtigkeitsaspekte sind dagegen weniger wichtig. Die Menschen in den neuen Bundesländern setzen andere Prioritäten. Gerechtigkeit und Sicherheit sind besonders relevant - also ausgerechnet die Dimensionen, bei denen die größten Defizite gesehen werden. Entgegen dem verbreiteten Vorurteil messen die Ostdeutschen den Freiheitsrechten ebenfalls eine erhebliche Bedeutung bei; Ost und West unterscheiden sich hier nur unwesentlich voneinander. Wohlstand ist dagegen weniger wichtig als im Westen.

Daß die Ostdeutschen die bestehende Gesellschaft kritischer betrachten, ist also auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens werden in erstaunlichem Einvernehmen Sicherheits- und Gerechtigkeitsdefizite in diesem Land beklagt, denen - und das ist der zweite Teil der Erklärung - eine besonders große Bedeutung beigegeben wird.

Thomas Bulmahn
 Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
 Tel.: 030/25491389

- Anmerkungen:
- 1) Frage: „Was meinen Sie? In welchem Maße sind die folgenden Freiheiten, Rechte, Chancen und Sicherheiten in der Bundesrepublik realisiert? Sind diese voll und ganz realisiert, eher realisiert, eher nicht realisiert oder überhaupt nicht realisiert?“
 - 2) Frage: „Wie sehr stimmen Sie dieser Aussage zu? - ‚Alles in allem kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben.‘ - Stimmen Sie dieser Aussage voll zu, eher zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?“

inhaltlich zusammengehörenden Einzelaspekten. Um ein Beispiel zu nennen: Die Dimension Freiheit setzt sich vor allem aus den Faktoren Glaubensfreiheit, Politische Freiheit, Meinungsfreiheit und Freiheit der Lebensgestaltung zusammen. Um das Wohlstandsniveau in vergleichbarer Weise, das heißt im Sinne einer Bewertung bestehender Verhältnisse, abzubilden, wurde ein einfacher Index berechnet. Dieser Wohlfahrts-Index ergibt sich aus der Summe der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, daß Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand

wesentliche Bestimmungsgrößen für die Bewertung der Gesellschaft sind. Je mehr diese Merkmale einer guten Gesellschaft als verwirklicht angesehen werden, desto positiver ist das Gesamturteil. Auch das Wohlstandsniveau hat einen erheblichen Einfluß. Das bedeutet, daß das Urteil über die Gesellschaft auch deshalb so positiv ausfällt, weil das materielle Lebensniveau in der Bundesrepublik sehr hoch ist und fast alle sozialen Gruppen daran teilhaben - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Darüber hinaus macht die Analyse deutlich, daß in Ost und West unterschiedliche Wertmaßstäbe existieren. Für die Westdeutschen sind Freiheit und Wohlstand von großer Bedeutung, also die Dimensionen, die als eher